

**Position**

## **Die europäische KMU-Definition zukunftsfest machen**

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	3
<b>1. Definition „KMU“ heute</b> .....	4
<b>2. Reformbedarf in ganzer Breite aufgreifen</b> .....	4
a) Gründe aus Sicht der EU-Kommission .....	4
b) Treiber aus Sicht des BDI.....	5
<b>3. KMU-Definition zukunftsfest machen</b> .....	6
a) Planungssicherheit schaffen .....	6
b) Quantitative Kriterien anpassen.....	7
c) Qualitative Kriterien einführen.....	8
<b>4. „Small MidCaps“ mitdenken</b> .....	8
<b>Über den BDI</b> .....	10
<b>Impressum</b> .....	10

## Einleitung

Die EU-Kommission arbeitet gegenwärtig daran, die geltende Definition kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu reformieren.

Deutschland beheimatet – wenn auch regional in Dichte, Breite und Tiefe unterschiedlich – einen in vieler Hinsicht besonders ausgeprägten unternehmerischen Mittelstand. Dieser schafft meist abseits von Ballungszentren und oftmals in teilweise grenzüberschreitenden Wertschöpfungsverbünden von kleinen, mittleren und großen Unternehmen gemeinsam mit der Wissenschaft vielseitige Produkte und passende Dienstleistungen. Lösungen, die teilweise weltweit nachgefragt werden.

Für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU genauso wie für Investitionen, Arbeitsplätze und Wachstum vor Ort, bietet eine praxisnahe und zukunftsste KMU-Definition vielfältige Chancen. Sie gibt europäischer und nationaler Mittelstandspolitik Orientierung, um strategische Konzepte und konkrete Maßnahmen bedarfsgerecht entwickeln zu können. Sie kann bei Unternehmen größenbedingte Nachteile bedarfsgerecht durch finanzielle Förderung genauso wie durch regulatorische Entlastung ausgleichen. Sie kann Stärken stärken, indem sie das politische Bewusstsein für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und regionale Bedeutung mittelständischer Familienunternehmen schafft und Potenziale aktiv hebt.

Mit Blick darauf wirbt der BDI grundsätzlich dafür:

- quantitative Kriterien gezielt an relevanten Größenordnungen zu orientieren und
- künftig auch qualitative Kriterien mittelständischer Unternehmen zu berücksichtigen.

Angemessen wird eine KMU-Reform nur dann, wenn auch kleine Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung („Small MidCaps“) für eine europäische Mittelstandspolitik in den Blick kommen.

## 1. Definition „KMU“ heute

Die geltende EU-Empfehlung 2003/361 definiert seit 1. Januar 2005 kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) anhand rein quantitativer Kriterien:

Unternehmensgröße	Zahl der Beschäftigten	und	Umsatz €/Jahr	oder	Bilanzsumme €/Jahr
kleinst	bis 9		bis 2 Millionen		bis 2 Millionen
klein	bis 49		bis 10 Millionen		bis 10 Millionen
mittel	bis 249		bis 50 Millionen		bis 43 Millionen

Bei einem Unternehmen, das Teil einer größeren Gruppe ist, sind je nach Höhe der Beteiligung Mitarbeiterzahl und Umsatz bzw. Bilanzsumme der Gruppe zu berücksichtigen.

## 2. Reformbedarf in ganzer Breite aufgreifen

### a) Gründe aus Sicht der EU-Kommission

Die „Anfangsfolgenabschätzung“ der **EU-Kommission** vom Sommer 2017 nennt drei Gründe für Reformbedarf:

- Die rein quantitativ gemessenen finanziellen Kriterien seien seit 2003 unverändert und alleine Inflation in Höhe von 26,75 % über den Zeitraum 2003 bis 2016 habe die Schwellenwerte verändert.
- EuGH-Rechtsprechung aus Mitte September 2016 (T-675/13; K Chimica Srl vs ECHA) führe zu juristischen Unklarheiten, insbesondere mit Blick auf Unternehmen, die Teil einer Gruppe sind. Hier gelte es gezielt nachzuschärfen, um Rechtssicherheit für Unternehmen (und die Verwaltung) zu schaffen.
- Die Mitteilung der EU-Kommission „Europas Marktführer von morgen: die Start-up und Scale-up Initiative“ (KOM 2016/733) vom November 2016 schaffe neue politische Schnittstellen und erhöhe die Komplexität europäischer KMU-Förderung.

## b) Treiber aus Sicht des BDI

Unbenommen der Bewertung der EU-Kommission aus Sommer 2017 identifiziert der **BDI** mindestens drei weitere Treiber für eine zukunftsfähige Reform der KMU-Definition:

- Die Entschließung des EU-Parlaments zu Familienunternehmen in Europa vom 8. September 2015 (2014/2210 (INI)) stellt aus guten Gründen einen engen Zusammenhang zwischen Familienunternehmen und KMU her (Erwägungsgrund E und Punkt 5). Konkret wird die EU-Kommission aufgefordert, „in Betracht zu ziehen, Familienunternehmen mittelgroßer Marktkapitalisierung in den Kreis der Begünstigten sämtlicher bestehender Instrumente für KMU und/oder Unternehmer, vor allem COSME, aufzunehmen“ (Punkt 10). Ebenfalls geprüft werden soll, „inwieweit eine Ausweitung der europäischen KMU-Definition aus dem Jahr 2003 in dem Sinne möglich wäre, dass zusätzlich zu rein quantitativen Kriterien auch qualitative Kriterien aufgenommen werden“ (Punkt 30).
- Die Mitteilungen der EU-Kommission „Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie“ vom 22. Januar 2014 (KOM 2014/14) würdigt die Bedeutung von KMU für erfolgreiche Industriepolitik. Gleichzeitig werden nachhaltige Clusterbildung genauso wie unternehmerische Größe als erfolgskritische Treiber gesehen, um europaweit industriepolitische Ziele zu erreichen. Zu Recht betont die EU-Kommission: „Je kleiner ein Unternehmen ist, umso schwieriger wird die Finanzierung von Innovationen, die Exporttätigkeit und die Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten, was sich wiederum nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt“ (S. 19).

Die Mitteilung der EU-Kommission „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie“ vom 13. September 2017 (KOM 2017/479) greift industriepolitische Kerngedanken aus 2014 wieder auf. So müssten die einschlägigen Akteure auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene „die Lage im Auge behalten, um auf Veränderungen bei den Wertschöpfungsketten, Nachhaltigkeitsprobleme, Verlagerungen der globalen Nachfrage sowie noch vorhandene strukturelle Schwächen unseres Unternehmensumfelds zu reagieren. KMU sind weiterhin besonders anfällig“ (S. 4).

- Offensichtlich berücksichtigen Teile von EU-Regulierung schon heute, dass gezielt ansetzende finanzielle Förderung genauso wie bürokratische Entlastung von Unternehmen auch jenseits der Kategorie KMU positiv auf Investitionen, Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Europa wirken.

Die Verordnung EU 2015/1017 zum „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ (EFSD) identifiziert in Art. 2 zu Recht ein breiteres Spektrum nutzungsberechtigter Unternehmen. In Betracht gezogen werden KMU (entlang der aktuellen EU-Definition) genauso wie „kleine Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung“ (bis zu 499 Mitarbeiter) sowie „Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung“ (bis zu 3000 Mitarbeiter).

Zur bürokratischen Entlastung von „mittelständischen“ Unternehmen verankern Richtlinien und Verordnungen der EU gezielt Ausnahmen entlang u. a. von Beschäftigtenzahlen, die über die aktuelle Kategorie KMU hinausgehen. Beispielhaft zu nennen ist etwa EU-Richtlinie 2014/95 zur CSR-Berichterstattung (Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten sind ausgenommen).

### **3. KMU-Definition zukunftsfest machen**

Es ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission seit Anfang Februar 2018 eine öffentliche Konsultation zur KMU-Reform durchführt und bis Mai 2018 über die eher technische Betrachtung ihrer „Anfangsfolgenabschätzung“ hinausgehende Fragen aufwirft.

Aus Sicht des BDI setzt gezielte finanzielle Förderung und regulatorische Entlastung eine zukunfts feste KMU-Definition der EU voraus. Um dieses Ziel zu erreichen gilt es:

- a) Planungssicherheit schaffen
- b) quantitative Kriterien anpassen
- c) qualitative Kriterien einführen

#### **a) Planungssicherheit schaffen**

Es muss ohne großen Aufwand zu ermitteln sein, wer auf Grundlage der europäischen Definition als KMU einzustufen ist. Das Ergebnis muss Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen Planungs- und Rechtssicherheit bieten.

Insbesondere die Unterscheidung zwischen eigenständigen Unternehmen und Unternehmen, die entweder als verbundene Unternehmen oder als Partnerunternehmen zu einer Gruppe gehören, gilt es rechtssicher zu formulieren. Gleiches gilt für KMU, die auch nach einem Einstieg von Venture Capital oder Family Offices oberhalb einer Schwelle von 50 % Kapitalbeteiligung noch als eigenständig gelten sollten.

Alltags- und praxisnahe Vorgaben und Berechnungen sollten bedarfsgerechte Zugänge von KMU zu finanzieller Förderung genauso wie zu regulatorischer Entlastung offen halten.

Um den besonderen privatwirtschaftlich-unternehmerischen Charakter zu betonen, sollte es dabei bleiben, KMU von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung klar zu unterscheiden (Erwägung 13 der Empfehlung und Art. 3 Abs. 4 des Anhangs).

#### b) Quantitative Kriterien anpassen

Die Notwendigkeit zur Anpassung der finanziellen Schwellenwerte (Umsatz/Bilanzsumme) ist augenfällig und allseits anerkannt, auch in der „Anfangsfolgenabschätzung“ der EU-Kommission vom Sommer 2017. Es gilt, die Entwicklungen bei Preisen und Produktivität der letzten Jahre zu berücksichtigen und diese noch dazu im Ausblick zu extrapolieren.

Einzubeziehen sind steigende Energiekosten sowie die volatile Preisentwicklung gerade bei Importrohstoffen. Beides treibt Umsatz, gibt aber keinen Hinweis auf Produktivität oder Wertschöpfung. Zu beachten ist auch das Bestreben vieler Mittelständler, durch eine höhere Eigenkapitalquote unternehmerisch flexibler und unabhängiger agieren zu können. Zu bedenken sind ferner sektorale Unterschiede beim Umsatz pro Kopf: durchschnittlich erreicht die deutsche Nicht-Eisen-Metallindustrie etwa 500 T €, der deutsche Maschinenbau etwa 250 T € und die deutsche Gussindustrie rund 160 T €.

Eine vorläufige Annäherung könnte sein, die Schwellen für den Umsatz auf 100 Million Euro und für die Bilanzsumme auf 80 Million Euro zu erhöhen.

Eine Stellschraube für mehr Resilienz von KMU im europäischen und globalen Wettbewerb und im Ergebnis ein Beitrag zu den wirtschaftspolitischen Zielen der EU wäre, auch den personellen Schwellenwert (Anzahl der Beschäftigten) anzupassen. KMU müssen personell eine kritische Größe erreichen, um Innovationen vorantreiben, in Wertschöpfungsketten verlässlich eingebunden sein und globale Märkte bearbeiten zu können.

Zu beachten ist auch, dass gerade arbeitsintensive Wertschöpfung einerseits Arbeitsplätze schafft / sichert, andererseits aber KMU früher über die Schwelle von 250 Mitarbeiter hebt. Sie fallen damit bislang aus europäischer Mittelstandspolitik heraus. Gleiches gilt für schnell wachsende Unternehmen, die aufgrund ihres Erfolgs den Zugang zu finanzieller Förderung und regulatorischer Erleichterung verlieren – und damit auch gesamtwirtschaftlich Innovations-, Internationalisierungs-, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale nicht ausgeschöpft werden.

Um möglichst vielen KMU aller Branchen europäische Impulse geben und die oben genannten (wirtschafts- und industrie-)politischen Vorgaben

erreichen zu können, sollte in vorläufiger Annäherung die Schwelle der Beschäftigtenzahl auf mindestens 499 angehoben werden.

Unabhängig von einer Erhöhung der personellen Schwellenwerte wäre die strikte Verknüpfung der zwei finanziellen mit dem einen personellen Kriterium zu lösen. So bliebe ein Unternehmen ein KMU, wenn es nach Zahl der Beschäftigten oder nach Umsatz oder nach Bilanzsumme zwei Schwellenwerte unterschreitet. Wenn also beide finanziellen Schwellenwerte eingehalten werden, sollte es möglich sein den personellen Schwellenwert zu übersteigen, ohne den KMU-Status zu verlieren. Genauso bliebe der KMU-Status erhalten, wenn beide finanzielle Schwellenwerte überschritten und der personelle Schwellenwert eingehalten werden.

Zu unterstützen ist der Vorschlag, dass über die Schwellenwerte hinauswachsende Unternehmen – egal ob etabliertes Unternehmen oder Start-up/Scale-up – den KMU-Status nicht nach zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren verlieren, sondern diese Periode angemessen ausgeweitet wird.

#### c) Qualitative Kriterien einführen

KMU sind zumeist eigentümergeführte Unternehmen. Ihre Besonderheit könnten qualitative Kriterien abbilden, die künftig mit in die Definition einfließen sollten. Typologisierend sind die wirtschaftliche und rechtliche Selbstständigkeit des Unternehmens, die Verflechtung von Eigentum, Kontrolle und Leitung sowie die Personenbezogenheit der Unternehmensführung zu nennen.

## 4. „Small MidCaps“ mitdenken

Wenn bei KMU die Schwelle der Beschäftigtenzahl bei etwa 250 bleibt, sollte in einem ersten Schritt über KMU hinaus ergänzend auch Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten (= „kleine Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung“ / „small MidCaps“ im Sinne des EFSI) berücksichtigt werden.

Gerade diese Unternehmen sind meist grenzüberschreitend aktiv und können aufgrund steter Anstrengungen etwa für Innovation bei Prozessen und Produkten sowie für strategische Internationalisierung erheblich dazu beitragen, europäische Ziele zu erreichen.

„Small MidCaps“ eigens einzuführen hätte den Vorteil, diese Unternehmenskategorie bei der Ausgestaltung von EU-Förderprogrammen oder für regulatorische Entlastung fallweise und nachvollziehbar berücksichtigen zu können. „Lock-in“-Effekte etwa aufgrund dynamischen Wachstums könnten politisch ausgeglichen oder ganz vermieden werden.

Um „Small MidCaps“ kontrolliert an ausgewählte EU-Förderprogramme heranzuführen, könnten Mittel degressiv zugeordnet oder gedeckelt werden. Pilotprojekte etwa auf den Feldern Klima, Umwelt, Forschung&Entwicklung oder Internationalisierung würden zeigen, ob Förderung zielgerichtet ankommt und in welchem Umfang europäische Ziele erreicht werden. Ohnehin sollten im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2020 mehr Ressourcen dafür bereitgestellt werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Hinsichtlich regulatorischer Erleichterung wäre es dem europäischen Gesetzgeber möglich, über KMU hinaus Unternehmen zu erreichen, bei denen aufgrund ihrer Größe noch immer unverhältnismäßige Belastungen durch wachsende regulatorische Vorgaben zu erwarten sind. Positiv gesehen könnten beispielsweise in künftigen Außenwirtschaftsabkommen spezifische Kapitel eine Zielgruppe erreichen, die nachweislich international aktiv ist.

In weiter Perspektive lohnt auch darüber nachzudenken, auf welchen Feldern und wie genau Unternehmen mit bis zu 3000 Beschäftigten (= „Unternehmen mit mittelgroßer Marktkapitalisierung“) für gezielte Förderung oder regulatorischer Entlastung in den Blick zu nehmen sind, um weitere Beiträge zu den wirtschafts-, industrie- und mittelstandspolitischen Zielen der EU zu schaffen.

## Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie – unabhängig ob börsennotierter Konzern oder mittelständisches Familienunternehmen – an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb.

Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen.

Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 36 meist mittelständische Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund 8 Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Der BDI ist eingetragen im europäischen Transparenzregister unter 1771817758-48.

## Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)  
T: +49 30 2028-0

## Ansprechpartner

Fabian Wehnert  
Abteilungsleiter Mittelstand und Familienunternehmen  
Telefon: +49 30 2028-1470  
[f.wehnert@bdi.eu](mailto:f.wehnert@bdi.eu)

BDI Dokumentennummer: D 0885